

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettzeile oder deren
Raum 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., Reklamezeilen
1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 98

Wildbad, Freitag, den 30. April 1920.

54. Jahrgang

Zum 1. Mai.

„Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will!“ — das war im wesentlichen das Leitmotiv der Maiseier im alten Staat; im alten Staat, der mit sozialer Gesetzgebung, Wohlfahrtseinrichtungen aller Art u. a. der Zeit und den Bedürfnissen war entgegenkommen bemüht war, andererseits aber auch mit mancher Begehungs- und Unterlassungsstände Schuld daran trug, daß sich die sozialen Gegensätze, statt sich abzumildern und abzumindern, immer noch verschärften. So konnte also der Sinn, der Geist der Maiseier des „Proletariats“, wie die Arbeiterklasse sich selbst ja mit Vorliebe nannte, nur Protest und Opposition sein; Opposition gegen den noch weiteren Ausbau der damals bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung; und Protest gegen den Kapitalismus und seine Erscheinungen, die politische Verkürzung der Rechte des werktätigen Mannes im größten deutschen Bundesstaat, die losspieligen Rüstungen usw.

Heute nun ist all das, was einst dem Protest und der Opposition Recht und Antrieb gab, in der Verfertigung verschwunden: die Sozialisierung ist auf dem Marsch, die Demokratie am Ruder; und haben die arbeitenden Massen weitestgehenden Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse gewonnen, so ist Regierung jene Partei, die einst in schärfster Kampfstellung gegen die zünftige Regierung gestanden.

So müßte und muß also wohl auch der 1. Mai, der vom werktätigen Volk zur Würde des nationalen Feiertags erhobene Tag, ein anderes Gesicht, ein anderes inneres Wesen bekommen, wenn er anders in die veränderten Verhältnisse, in die neue Zeit hineinpassen soll. Und dieser Sinn kann, da die Ursachen der Verneinung in Wegfall gekommen bzw. im Verschwinden begriffen sind, so gerechtigt doch nur die Befreiung sein; d. h. nicht so fast die Befreiung der Zugehörigkeit zur arbeitenden Klasse, wie zum Arbeitswillen und zum Arbeitsmuß; weniger die Neuherstellung der Bereitschaft zur Geltendmachung immer neuer Forderungen, als vielmehr die Bereitwilligkeit zur Erfüllung der Forderungen der Zeit, deren erste vor einigen Tagen der frühere bayerische Minister Auer in einer Rede im Allgäu dahin umschrieb: „Und so rufe ich, gewissermaßen in erster Stunde, allen Volksgenossen zu: Das erste, was nötig ist, ist Brot für unser Volk; und dieses werden wir unter erträglichen Bedingungen nur dann haben, wenn Jeder, Jeder mit Händen und Füßen, Kopf und Muskel ernste Arbeit leistet.“

Das sollte auch der 1. Mai gebührend unterstreichen; und damit auch eine glatte Abgabe an jene Elemente stellen, die da wohnen, mit Streiks und Unruhen richte man eine neue Wirtschaftsordnung auf und mit Raub, Mord und Brand baue man einem arbeitenden Volk ein neues Haus.

Also: „alle Räder . . . gehen und drehen sich, wenn wir nur wollen!“, das sei das Bekenntnis des 1. Mai dieses Jahres; ein Bekenntnis, das vielmehr Nutzen bringt und auch im Ausland, dessen wir zum Wiederaufbau nun einmal bedürfen, viel mehr beachtet und gewürdigt werden wird, als wie nutzlose Redeübungen über graue Theorien; und auch ein Bekenntnis, das — nach innen hin — in etwas auch dem so bitter notwendigen Bürgerleben und sozialem Ausgleich zugute kommen wird.

Die Entwicklung der deutschen Eisenbahnen.

Anläßlich der Uebernahme der deutschen Eisenbahnen durch das Reich lohnt sich ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung unserer Eisenbahnen.

Als erste Bahn in Deutschland wurde am 7. Dezember 1835, also verhältnismäßig spät, die Strecke Nürnberg-Fürth als Privatbahn in Betrieb genommen. Die Regierung beteiligte sich daran mit zwei Aktien zu je 100 Gulden. In Preußen wurde die erste Bahn zwischen Berlin und Potsdam am 30. Oktober 1838 ebenfalls als Privatbahn eröffnet. Als man den Wert der Bahnen erkannt hatte, namentlich an den Erfolgen anderer Länder, begann der Bau von Staatsbahnen in Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden. Doch noch 1875 waren 44 Prozent aller deutschen Bahnen in Privatbesitz.

Durch den politischen und wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Krieg 1870/71 wurde der Verstaatlichungsgeiz mächtig gefördert. Von der französischen Kriegsschädigung wurden 325 Millionen Franken zum Ankauf

der elsaß-lothringischen Eisenbahnen verwendet. (Diese Reichseisenbahnen sind jetzt, enorm erweitert, ohne Entschädigung an Frankreich gefallen.) Der damals von namhaften Politikern, so auch von Bismarck, energisch vertretene Plan der Uebernahme aller deutschen Bahnen auf das Reich scheiterte an dem Widerstand der Bundesstaaten. So erwarb jeder Bundesstaat die sein Gebiet und die kleineren Nachbarbezirke berührenden Privat-Eisenbahnen. Dies führte, abgesehen von der geringen Verzinsung der kleineren Systeme, zu Verkehrs-unzuträglichkeiten und Konkurrenzmanövern. Eine Vereinigung erschien daher schon vom wirtschaftlichen Standpunkt empfehlenswert. Preußen und Hessen-Darmstadt schlossen sich seit 1. April 1897 zur preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft zusammen. Zwischen den bayerischen, württembergischen, sächsischen und badischen Staatsbahnen — den schon früher geeinten preussisch-hessischen, sächsischen und mecklenburgischen Staatsbahnen — mit Wirkung vom 1. April 1909 ab wenigstens eine Güterwagengemeinschaft zustande, um die auf jährlich 200 Mill. Adressen geschätzten Leerläufe zu verringern, einen Wagenausgleich zu schaffen und die gegenseitige Konkurrenz bei Tariffragen und Materialbestellungen auszuschalten.

Nun hat das Reich sämtliche deutschen Staatsbahnen übernommen. Das sind über 58 000 Km. mit einem Anlagekapital von über 16 1/2 Milliarden Mk.; davon entfallen auf Preußen-Hessen 37 000 Km. mit einem nach jährlichen Abschreibungen verbleibenden Buchwert von 11,7 Milliarden Mk. Auf diesen deutschen Eisenbahnen wurden 1913, dem letzten Friedensjahr, 505 Mill. 890 000 Tonnen Güter befördert.

Nach der Statistik des Reichseisenbahnamts betrug 1907 die Verzinsung der Staatsbahnen in Württemberg 2,37 Prozent, Bayern 3,58 Prozent, Mecklenburg 4,38 Prozent, Sachsen 5,09 Prozent, Preußen-Hessen 6,55 Prozent, Oldenburg 7,05 Prozent des Anlagekapitals.

Millerand über San Remo.

Paris, 29. April.

In der gestrigen Nachmittags Sitzung der französischen Kammer ging Ministerpräsident Millerand auf die Verhandlungen in San Remo in bezug auf die Ausführung des Friedensvertrags von Versailles ein und erinnerte an das deutsche Verlangen, Truppen der neutralen Zone zu halten. Darauf habe die Konferenz durch einen Brief geantwortet, dessen Inhalt Millerand dahin erläuterte: Das Gebiet von Frankfurt und Darmstadt werde geräumt werden, sobald die verbündeten Kommissionen festgelegt hätten, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone auf den Stand zurückgebracht worden seien, wie er in dem Abkommen vom 8. August 1919 festgesetzt wurde. Die Berechnung erfolge aber nach Einheiten und nicht nach dem Effektivebestand. Daburch werde Deutschland zurückgeführt auf den Geist und Buchstaben des Abkommens. Bis 10. Juni könnten die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone die sein, wie das Augustabkommen vorsehe. Am 10. Juni müßte dann die Zahl um die Hälfte verringert werden. Deutschland habe aber das Recht, die Hälfte der vorgegebenen Polizeistreitkräfte in die neutrale Zone einzuführen. Am 10. Juli müßten alle militärischen Kräfte die neutrale Zone geräumt haben. Die deutsche Regierung habe dann das Recht, 10 000 Mann Polizeitruppen zu unterhalten. Die Verhandlungen, die zwischen den Verbündeten in San Remo stattgefunden hätten, hätten zum Grundsatz gehabt, 1. daß jeder Gedanke, den Frieden von Versailles zu ändern, jormell ausgeschlossen werden müsse, 2. daß, bevor man sich mit Deutschland verständige, die Verbündeten darüber einig seien, was sie von den Deutschen verlangen wollten. Die Bedingung sei gewesen, daß bevor man den Grundsatz einer Verhandlung mit dem Chef der deutschen Regierung annehme, die Verbündeten einig sein müßten über die Anerkennung der Forderung annehmen, die man gegebenenfalls amendieren werde. Es schien, daß gewisse Leute beim ruhigen Gehalt hätten über die Hintergedanken, die den Geist des französischen Volks, seines Parlaments und seiner Regierung beherrschten. Er habe geantwortet, daß die französische Regierung, das Parlament und das Volk einig seien, dann, daß es nicht nur ein Verbrechen, sondern eine Dummheit wäre, an eine neue Annexion deutschen Gebiets zu denken.

Neues vom Tage.

Folgen des Kapp-Putsches.

Berlin, 29. April. Infolge des Kapp-Putsches sind in Preußen bis jetzt 2 Oberpräsidenten, 4 Regierungsräsidenten und 32 Landräte des Dienstes entbunden worden.

Die Versicherungsgrenze.

Berlin, 29. April. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß hat nachträglich die Grenze für die Krankenversicherung mit 15 000 Mark beschlossen. Die Regierung hatte wiederum 12 000 Mark beantragt.

Ansiedelung der Baltikumtruppen.

Berlin, 29. April. Nach dem „Berl. Tagebl.“ finden Verhandlungen über die Ansiedelung der Baltikumtruppen auf den preussischen Domänen statt. (Den Truppen, die i. Z. zur Bekämpfung des Bolschewismus im Baltikum angeworben wurden, war die Ansiedelung in der baltischen Provinz versprochen worden, was England später verhinderte, als es die Gefahr im Osten beseitigt glaubte.)

Vom Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 29. April. Der Deutsche Offiziersbund hat in einem Schreiben an den Reichszentralrat eine (im Gegegentwurf nicht vorgesehene) Vertretung in dem zu schaffenden Reichswirtschaftsrat verlangt, da er die Interessen von über 100 000 Mitgliedern vertritt.

Protest der Berliner Studentenschaft.

Berlin, 29. April. Der Ausschuß der Berliner Studentenschaft veröffentlicht eine Erklärung, in der gegen die Beleidigung des Berliner Universitätsprofessors Geheimrat Dr. Kahl durch den Reichsjustizminister Bunn in der Nationalversammlung Protest erhoben wird. (Es handelt sich um die gegen Kahl gerichteten Worte Bunn, daß nach einem Auspruch des hannoverschen Königs Ernst August Professoren und Dozenten faulisch seien.)

Die Christlich-nationale Arbeiterschaft gegen die Maiseier.

Berlin, 29. April. Die christlich-nationale Arbeiterschaft erklärt in einer Entschiedenheit: Im vorigen Jahr wurde der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt als Volkshuldung für politischen und sozialen Fortschritt für gerechten Frieden, Befreiung der Kriegsgefangenen, Räumung der besetzten Gebiete und Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerbund. Nichts von alledem wurde durch die Arbeitsruhe erreicht. Das Gegenteil ist eingetreten. Jedes Sinken der Produktion hat Deutschlands Ohnmacht vermehrt. Das deutsche Volk hat andere Sorgen, als über Arbeitsfeiertage nachzudenken. Die Christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten haben daher keine Veranlassung, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die Feier könnte auch am 2. Mai stattfinden.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 29. April. Wie nach der „Voss. Ztg.“ verlautet, tragen sich einige Persönlichkeiten, die früher in der fortschrittlichen Volkspartei an leitender Stelle standen und der Deutschen demokratischen Partei bei ihrer Gründung nur nach einigem Schwanken beitraten, mit der Absicht, ihren Austritt zu erklären.

Die Waffenabgabe im Ruhrgebiet.

Berlin, 29. April. Von den kuffständischen im westlichen Industriegebiet wurden bis 20. April abgeliefert: 29 300 Gewehre, 583 Karabiner, 450 Pistolen, 895 Seitengewehre, 14 Kanonen, 159 schwere, 115 leichte Maschinengewehre, 20 Minenwerfer, über 1700 Schuß Artillerie- und Minenwerfermunition, eine halbe Million Infanteriemunition und 10 000 Handgranaten.

Streit.

Berlin, 29. April. Die Binnenschiffer der Rhein-Ems-Kanäle, der Elbe, der Oder und der märkischen Wasserstraßen haben die Arbeit niedergelegt.

Köln, 29. April. Zwischen streikenden und arbeitswilligen Bankbeamten kam es zu solch heftigen Zusammenstößen, daß die Polizei mit blanker Waffe einschreiten mußte.

Dresden, 29. April. In das Dresdener Untersuchungsgefängnis sind bisher 250 Blzgarbisten eingeliefert worden.



Die Heimkehr der Sibirier.

Berlin, 28. April. Dem „Kokalanzeiger“ zufolge hat sich Fridjof Nansen auf Bitten des Völkerbunds bereit erklärt, die Leitung der Rückführung der Kriegsgefangenen aus Sibirien zu übernehmen.

Gräf Oberbürgermeister.

Frankfurt a. M., 28. April. Die Stadtverordnetenversammlung wählte an Stelle des zum Oberbürgermeisters von Nürnberg gewählten Bürgermeisters Dr. Luppe den Unterstaatssekretär Graf (Soz.) mit 47 Stimmen zum Bürgermeister.

Lüttwisch in Schweden?

Kopenhagen, 28. April. „Berlingske Tidende“ meldet, General v. Lüttwisch sei am Sonntag in Malmö eingetroffen.

Die Deutsche Bank in Südafrika.

Kapstadt, 28. April. Die Deutsche Bank, die in Swakopmund noch eine Zweigstelle unterhält, versucht ihre geschäftlichen Beziehungen in Südafrika wieder aufzunehmen. Der Direktor der Bank hat eine Reise nach Pretoria und den nördlichen Staaten unternommen, um die alten Beziehungen wieder anzuknüpfen.

Berlin, 28. April. Der durch polnisches Gebiet führende Verbindungsweg nach Ostpreußen (Korridor) ist wieder geöffnet; der Güterverkehrsverkehr stockt noch, da die Gleise mit Ästen verstopft sind.

Dresden, 27. April. Der Bankbeamtenstreik ist nach zehntägiger Dauer beendet. Die Börse wird am 3. Mai wieder eröffnet.

Der Generalstreik in Elsaß-Lothringen beendet.

Straßburg, 28. April. In Elsaß-Lothringen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, nur die Eisenbahner streiken noch.

Der 1. Mai.

Brüssel, 28. April. Die Eisenbahner beschlossen, den 1. Mai durch eine 10 Minuten dauernde Arbeitsunterbrechung zu feiern.

Die Reichstagswahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 27. April. Die Wahlen zum Reichstag hatten folgendes Ergebnis: Liberale 48 Mandate (Gewinn 4 Mandate), Sozialisten 42 (Gewinn 4), Konservative 28 (Gewinn 7), Radikale 17 (Verlust 15), Erwerbspartei 4 (Gewinn 3), Freie Sozialisten, Unabhängige Rechte und Unabhängige Radikale je 1 Mandat Verlust. Die Färöer (1 Sitz) wählen später.

Die Konferenz von San Remo.

London, 27. April. „Daily Mail“ meldet aus San Remo, die Konferenz habe entschieden, daß die französischen Truppen Frankreich besetzt halten nicht nur, bis die deutschen Streitkräfte das Ruhrgebiet geräumt haben, sondern bis Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen ausgeführt und die 12 000 Geschütze abgeliefert habe, die es entgegen dem Friedensvertrag noch besitze. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus San Remo hat der Oberste Rat beschlossen, der deutschen Regierung alle nötigen Beweise für die Aburteilung der Beschuldigten zu vermitteln.

Rom, 28. April. (Stefani.) Der „Tribuna“ wird aus San Remo gemeldet: Man versichert, daß die drei Ministerpräsidenten in ihrer letzten Zusammenkunft beschlossen haben, die Beziehungen mit Rußland in allgemeiner Form wieder aufzunehmen.

Der Aufrüstung in Mexiko.

New York, 28. April. Die Militärbehörden von Sonora in Mexiko geben bekannt, daß die Streitkräfte der Aufständischen die Stadt Manzanilla Colina genommen haben. Auch Guaymas soll von den Sonora-Truppen besetzt sein.

Einem Havas-Telegramm aus Mexiko zufolge wird aus Chihuahua berichtet, daß sich General Arnulfo Gomez und ein Teil seiner Truppen im Petroleum-Bezirk dem General Obregon angeschlossen habe. Auch in Cruz nördlich von Santa Rosalia haben die Truppen gemeutert.

Revolution in Guatemala.

Paris, 28. April. Havas meldet, daß nach Mel-

dungen aus San Salvador bei der Revolte in Guatemala mehr als 800 Personen getötet worden seien. Zahlreiche Anhänger des gestürzten Präsidenten Cabrera seien in ihren Wohnungen ermordet worden.

Japanische Truppenlandung auf Nord Sachalin.

Tokio, 28. April. In Alexandrowsk im Norden der Insel Sachalin haben die Japaner Truppen gelandet. Als Zweck wird der Schutz der dortigen Japaner angegeben.

Washington, 28. April. Der Senat genehmigte einen Kredit von 300 000 Dollar zur Deckung des Verlusts, den die Eisenbahngesellschaften erlitten hatten zu der Zeit, als sie unter staatlicher Kontrolle standen.

Schluß der Nationalversammlung.

Berlin, 28. April. Die Nationalversammlung wird morgen ihre Beratungen beenden, jedoch am 19. Mai noch einmal zur Erledigung dringlicher Entwürfe zusammentreten. Diese Beratungen werden bis 21. Mai abgeschlossen sei.

Die Ablieferung der Waffen.

Berlin, 28. April. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weist in einem Artikel über die Ablieferung von Waffen und Heeresgerät an die Entente nach, daß die deutsche Regierung alles zur Beschleunigung der Abrüstung getan habe. Was die Unbrauchbarmachung von Kriegsgeräten angeht, so habe man alsbald nach dem Waffenstillstand damit begonnen. Für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands sei die neue Forderung der verbündeten Ueberwachungskommission, der Entente das Eigentumsrecht an den gesamten Schrottmengen (Metallabfälle aus den unbrauchbar gemachten Waffen usw.) zuzuwenden, von schwerwiegender Bedeutung. Während des Kriegs seien fast unsere gesamten Rohstoffe für Heeresgerät nutzbar gemacht worden. Die Auslieferung der gewaltigen Schrottmengen würde den Ruin der deutschen Stahl- und Eisenindustrie bedeuten, die den Betrieb nur mit diesen Schrottmengen einigermaßen aufrecht erhalten könnte. Das Blatt hofft, die Entente werde auf ihrer Forderung nicht bestehen, zumal nach dem Friedensvertrag ihr das Eigentumsrecht an dem Schrott nicht zustehe.

Gefälschte Notenzustempelung.

Wien, 28. April. Wegen Fälschung der österreichischen Stempel auf 1000 und 10 000 Kronennoten wurden gestern 7 Personen, darunter ein Steinbruckergehilfe der österreichisch-ungarischen Bank verhaftet.

London, 28. April. Die streikenden Hafensarbeiter in Hull beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Abordnung der englischen Arbeiterverbände ist gestern nach Rußland abgereist. Sie gedenkt 6 Wochen dort zu bleiben und außer Petersburg und Moskau auch andere Plätze in Rußland zu besuchen.

Amsterdam, 28. April. Den Blättern zufolge sind die beiden Sekretäre des internationalen Gewerkschaftsbunds Timmen und Dubegessi zu Besprechungen mit Gewerkschaftsführern und Regierungsmitgliedern nach Berlin abgereist.

Amsterdam, 28. April. Wie die Blätter melden, hat der Landwirtschaftsminister bis auf weiteres beschlossen, Genehmigungen für die Wiederansuhr von ausländischem Roggen und Roggenmehl zu erteilen.

Freiburg, 28. April. Eine Anzahl hiesiger Universitätsprofessoren, die dem Zentrum nahestehen, veröffentlicht eine Erklärung, daß sie eine von dem Abgeordneten Prof. Dr. Beyerte (Zentr.) ausgehende Kundgebung mit besonderer Betonung der Verfassungstreue und Verurteilung der gegenteiligen Bestrebungen nicht unterzeichnen können. Die Professoren betonen, daß sie den Eid auf die Verfassung geleistet und nicht als eine besondere Art der Staatsbeamten ein neues Bekenntnis ablegen wollen, das zu einer verderblichen Spaltung an den Hochschulen führen müßte. Sie bedauern, daß es gerade Männer ihrer eigenen Partei seien, die mit einem solchen Ausfinken an die Kollegen herantreten.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 28. April.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der Reichspostminister ihm angezeigt habe, daß der Reichsrat gegen das Gesetz über die Postgebühren Einspruch erhoben habe und es der Nationalversammlung zur nochmaligen Beschlußfassung überweise.

Das Gesetz geht an den Haushaltsausschuß. Der Ausschuß für die Geschäftsordnung beantragt die Genehmigung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Marek (D.Vp.) zu erteilen.

Der Antrag wird, nachdem der Abg. Graf zu Dohna dafür gesprochen hat, angenommen.

Der Ausschuß beantragt betreffend der Verhaftung des Abg. Colshorn (Hospitalist beim Zentrum) und der versuchten Verhaftung des Abg. Schülz (D.nat.Vp.), beiden Abgeordneten das Bedauern des Hauses auszusprechen und den Reichskanzler um Bestrafung der Schuldigen zu ersuchen.

Reichsminister Koch bedauert die Vorkommnisse. Es sei bisher nicht möglich, von der preussischen Regierung genügende Aufklärung zu erhalten. Die Verantwortung scheint in beiden Fällen dem Polizeipräsidenten zuzufallen. Er sei bereit, eine Bestrafung herbeizuführen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der gleiche Ausschuß beantragt, eine Genehmigung zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen den Abg. Graf (U.S.P.) wegen Landesverrats nicht zu erteilen.

Abg. Brodau (D.Vp.) beantragt, die Genehmigung zu erteilen, da man bei politischen Delikten nicht schematisch verfahren könne. Doch schloß die Genehmigung zur gerichtlichen Untersuchung noch nicht die Genehmigung zur Verhaftung in sich. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Graf zu Dohna (D.Vp.), Eichhorn (U.S.P.), Pfeiffer (Z.), Warmuth (D.nat.Vp.), Buehler (Z.), Gothein (D.Vp.), Eichhorn (U.S.P.), Schulz-Bromberg (D.nat.Vp.) wird der Antrag Brodau angenommen, wonach die Genehmigung zur gerichtlichen Untersuchung noch nicht die Genehmigung zur Verhaftung bedeutet.

Bei der Abstimmung über den Antrag des Ausschusses muß abgelehnt werden. Es stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

Nachdem die Sitzung wieder ausgenommen war, wird die 2. Beratung des Entwurfs eines Besoldungsgesetzes begonnen.

Abg. Alshotte (Z.): Die überflüssigen Beamten der Post- und Eisenbahnerverwaltung müssen in andere Stellen, z. B. in die Landwirtschaft, abgegeben werden.

Abg. Frau Bleh (U.S.P.) befürwortet Anträge ihrer Partei. Darnach sollen u. a. die Feuerungsanlagen voll zugestellt werden. Die Arbeitszeit aller Beamten soll 48 Stunden in der Woche betragen. Den verheirateten weiblichen Beamten sollen, wenn der Ehemann nicht auch Beamter ist, die Kinder- und Feuerungszulagen voll bezahlt werden. Gegen die Einreihung der Beamtinnen unter die Beamten werde protestiert.

Abg. Frau Dr. Lübers (D.Vp.) erklärt namens der Frauen der Nationalversammlung, daß sie sich mit dem Gesetz in der Voraussetzung einverstanden erklären, daß bei der Einteilung der Gruppen die Interessen der weiblichen Beamten mehr gewahrt werden.

Die Anträge Bleh werden abgelehnt.

Das Diätariat wird in der Vorlage begrenzt, aber erst von 1923 ab.

Abg. Steinhopf (S.) beantragt, die Diätäre mit den vollen Feuerungszulagen zu bedenken.

Die Abg. Hoch (S.), Deglerk (D.nat.Vp.), Frau Bleh (U.S.P.), Feuermann (D.Vp.) Alshotte (Z.) stimmen dem zu.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes und die Entschliessung des Ausschusses.

In 3. Lesung wird das Gesetz mit dem Zusatz, daß das Besoldungsdiätariat der Soldaten, die unter Verbleiben in derselben Besoldungsgruppe befördert werden, um 2 Jahre vorgerückt wird, angenommen.

Bermischtes.

90 Milliarden Goldmark Entschädigung. Wie die ausländischen Blätter übereinstimmend melden, soll die von Deutschland zu fordernde Entschädigung von der Konferenz in San Remo auf 90 Milliarden Goldmark, das sind nach heutigem Kurs 2260 Milliarden (2 1/4 Billionen) Papiermark, festgesetzt worden sein. Lloyd George sei der Ansicht gewesen, 50 Milliarden oder 1250 Milliarden Papier läßen es auch, aber Millerand habe seine 90 durchgesetzt. Die Summe soll in 30 Jahren in Jahresbeträgen von nicht unter 3 Milliarden Goldmark oder 75 Milliarden Papiermark abgetragen werden. — Amer. Reichsfinanzminister!

Raubwirtschaft. Bekanntlich sind die Preise für alle Holzarten enorm in die Höhe gegangen. Für das sog. Papierholz (taunene Koller) werden fabelhafte Preise bezahlt, zum Beispiel für einen Raummeter frei Bahnstation Gammertingen bis zu 250 Mk. Für Hauen, Kappeln und Führen des Holzes sind 24 Mk. zu rechnen, so daß immer noch ein Erlös von 225 Mk. auf den Raummeter kommt. Dies benötigen viele Waldbesitzer, verkaufen ihre Privatwäldchen um gewaltige Summen an Händler oder schlagen das Holz selbst, um es dann dem Holzhandel zuzuführen. Das Holz wird aber auf diese Weise verschwendet, im schönsten Wachstum dahingehauen und ein schöner Wald von den anderen ruiniert. Es dauert dann Menschenalter, bis die kahlen Stellen wieder überwachsen sind. Eines aber ist sicher, wenn so weiter Raubwirtschaft getrieben wird, ist nicht daran zu denken, daß wir jemals wieder Holz um normale Preise bekommen.

Wahlstatistik. Wie die „Kos. Ztg.“ meldet, gingen bei

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

22

Die wenigen, die es wissen, schütteln verwundert den Kopf. Sie hatten erwartet, ein kleines, unansehnliches Mädchen zu sehen, das unbeholfen über das glatte Parkett der Salons stolpert und verlegen die Lider senkt vor den sie anstarrenden Augen.

Und nun steht man einer — äußerlich wenigstens — vollendeten Dame gegenüber, die durch die Eigenart ihrer Erscheinung entschieden imponiert.

Ein reich mit Silber gesticktes weißes Spitzengewand, dessen lose Falten durch einen silbernen, rubinbesetzten Gürtel gehalten werden. Nicht an den schlanken Gliedern hernieder. Den klassisch geformten Hals umschlingen drei Reihen kostbarer Perlen. Das herrliche kastanienbraune Haar mit den leuchtenden Reflexen ist hochfrisiert und zeigt als einzigen Schmuck eine rotglühende Rose, aus deren Blütenfeldchen Brillanten-Tautropfen funkeln. Zwei gleiche Rosen schließen den Brustauschnitt ab.

Vielleicht ist das lebensprägende Gesichtchen der wilden Hummel — oder wie wir sie von nun an nennen müssen — der jungen Erbin Diane Arevallo, etwas blässer, der frische Mund ein wenig ernster als sonst.

Aber die großen schwarzen Augen blicken lähn und furchlos um sich, wenn sie auch im ersten Moment fast gebildet werden von all dem Lichterglanz und dem Auf- und Abgewoge.

Die „wilde Hummel von Büffel-Goldfeld“, die sich

noch niemals im Leben fürchtete — nicht vor der Einsamkeit der Wüste, nicht vor dem wildesten Pferd, nicht vor den spitzen Speeren der Kaskern — sie sollte auf einmal verschüchtert sein durch eine Anzahl gepulveter Menschen, die alle aus Lebenswürdigste lächeln? ...

Daß dies Lächeln zum Teil nur Maske ist, hinter dem sich sogar oft Neid, Haß und Bosheit oder auch Rimmer und Herzweh verbirgt — was weiß dieses harmlose Naturkind davon, das heute den ersten Schritt ins große Leben tat? ...

Nach wenigen Minuten schon ist sie einer Masse von Herren und Damen vorgestellt, die ihr allesamt Krugigkeiten sagen, hört sie hochklingende Namen und stolze Titel, deren Bedeutung ihren Ohren leerer Schall ist.

Doch beginnt das bunte Leben und Treiben sie zu interessieren. Höher färben sich ihre Wangen. Rascher schlägt ihr Herz. Sie hat noch fast kein Wort gesprochen; man ließ ihr gar keine Zeit dazu. Nur gelächelt hat sie mit ihrem anmutigen Gräbchenlächeln und einigen alten weißhaarigen Damen bei der Vorstellung die Hand geküßt. — wie ihr dies die „Frau Tante“ befohlen hatte.

Mit seinem Takt geleitet der Generalkonsul sie fort aus dem sie umringenden Kreise.

Von einer blumenüberdeckten Estrade erschallt Musik — die feurigen Weisen einer ungarischen Zigeunerkapelle.

Das elektrisiert unsere wilde Hummel, die von nun an keine „wilde Hummel“ mehr sein soll, sondern eine gesittete junge Dame. Unwollkürlich wiegt sie sich rhythmisch in den Hüften und macht ein paar Tanzschritte, leise die Melodie mitsummend.

„Sie tanzen wohl gern, mein gnädiges Fräulein?“ fragt ihr Begleiter freundlich.

Sie schüttelt den Kopf.

„Ach nein, leider noch nicht! Was ich bis jetzt vom Tanzen gesehen habe, paßt sicher nicht hierher —“ sie denkt dabei an die wüsten Hüpfereien der „Jungens“ in Büffel-Goldfeld — „aber ich nehme Tanzstunden — die Frau Tante meint, ich muß tanzen können,“ fügt sie rasch hinzu.

Sobald geht die schwermütige Zigeunerweise da oben auf der Musikstrade in einen flotten Walzer über. Der Generalkonsul, der als Wirt verpflichtet ist, keinen Tanz vorbegehen zu lassen, sieht sich nach seiner Gattin oder der Gräfin Klothilde um, der er Fräulein Arevallo übergeben könne.

Da nähert sich ihm rasch ein ältlicher schlanker Herr, dessen bartloses Diplomaten Gesicht klug und mit jugendlicher Lebhaftigkeit daherblickt, obgleich sein Haar bereits ergraut ist und der scharfe Zug von der leicht gebogenen, aristokratischen Nase zu den schmalen, vornehm geschnittenen Lippen von reichlich genossenen Tafelfreunden zeugt.

„Wollen Sie mich, bitte, Ihrer Dame vorstellen, lieber Generalkonsul?“

Seine Stimme ist leise, aber trotzdem scharf wie Stahl. Sie harmoniert mit dem Blick der klugen braunen Augen.

„Gern, lieber Freund, Herr Hofrat Udo v. Marwig — Fräulein Diane Arevallo.“

Und mit einer Verbeugung vor dem jungen Mädchen nimmt er rasch seinen Rückzug, um mit Ihrer Excellenz, der Gräfin Klothilde von und zu Königlichen der Polonaise zu eröffnen.



den Kreiswahlmännern, verglichen mit den Nationalparlamentenwahlmännern von 1919, die demokratischen Stimmen zurück von rund 60.000 auf rund 34.000, die des Zentrums von 124.000 auf 93.000, die der Sozialdemokraten von 170.000 auf 85.000. Dagegen stiegen die der Deutschen Volkspartei im Verein mit dem Bund der Landwirte von 88.000 auf 99.000 und die der U.S.P. von 7.000 auf 36.000.

Glück im Stall. In der städtischen Outdooverwaltung in Lahr (Baden) hat eine Kuh in voriger Woche drei Kälber zur Welt gebracht. Das brave Tier hatte vor zwei Jahren schon Zwillingen das Leben geschenkt.

Schiebungen. In Berlin wurden verschiedene bedeutende Wasserleitungen entdeckt, die von unterschlagenen und gestohlenen Eisenbahnschienen herrühren. 20 Personen sind bis jetzt verhaftet.

Studentenstreik in Wien. Im Verlauf einer Auseinandersetzung, die in einer Studentenversammlung vor dem Rathaus begonnen hatte, entfernten deutschsprachige Hochschuljünger alle jüdischen und sozialistischen Studenten aus der Universität. Es kam hierbei zu Tätlichkeiten und zum Einschreiten der Polizei. Die Universität wurde geschlossen.

Junggefellenssteuer in Frankreich. Die französische Kammer hat der Besteuerung der Junggefellens über 30 Jahre in Form eines 10prozentigen Zuschlags zur allgemeinen Einkommensteuer zugestimmt. Sie soll nicht auf Witwer, wohl aber auf Geheiratete und solche, die mehr als zwei Jahre kinderlos vertragen, die Geburtenüberschuss in Frankreich 332.000, wogegen er in Italien 3.840.000 und in Deutschland 4.484.000 betrug.

Araber und Juden. Wie die Londoner „Daily News“ melden, haben die Araber in Palästina mit einer allgemeinen Erhebung gegen die Juden gedroht, wenn der jüdische Ausschuss und die jüdische Legion nicht aufgelöst werden. Der englische General Allenby habe die Forderung abgelehnt und die englische Regierung habe ihn beauftragt, die nötigen Vorkehrungen zu treffen.

Ein Reichsdüngemittelamt soll zur Ueberwachung der Verordnungen über den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln in Berlin gebildet werden. Auch die Regelung des Abfanges und des Handels soll das Amt übernehmen und dem Reichsernährungsminister unterstellt werden. Das Amt soll berechtigt sein, bei allen Erzeugerwerken von künstlichen Düngemitteln sowie bei Genossenschaften und Händlern die Erzeugung und den Absatz der Düngemittel zu prüfen und die Schließung unzuverlässiger Betriebe zu verlangen oder selbst vorzunehmen, desgleichen die Geldstrafen festzusetzen. Vertreter von Landwirtschaft, Industrie und Handel sollen das neue Amt bilden. Der Entwurf ist bereits der Nationalversammlung zugegangen.

Preisfurz der Häute. Bei der letzten Häuteversteigerung in Düsseldorf gingen die Preise auf ein Viertel der Preise vom 8. März zurück.

In Freiburg i. B. wurden für Kuh-, Rinder- und Ochsenhäute bis 30 Pfund schwer nur 18 Mark geboten gegen 37,50 Mark beim letzten Verkauf. Der Zuschlag wurde nicht erteilt. Für Kalbfelle wurden vergebens 35 Mark für das Pfund geboten.

Mißerfolge der Lehmbauweise. Die „Tonindustrie-Zeitung“ schreibt: Die straffere Organisation des Reichswohnungs-Kommissars bezüglich der Ueberwachung der Wohnungsbauten hat fast übereinstimmend das Ergebnis gezeigt, daß die vielfachen Versuche mit Erbsenbaustoffen, insbesondere der Lehm, nicht als zweckentsprechende Ersatzstoffe für Ziegelbauten angesehen werden können. Die sehr umfangreichen Unterlagen und Ergebnisse einer Umfrage zeigen, daß eine Anzahl Städte die Versuche mit dem Lehm bereits wieder eingestellt haben. In welcher Weise durch den Lehm Baukapital und Arbeit verschleudert wurde, geht ganz besonders aus einem Bericht der Stadt Görlitz hervor, wo eine großangelegte Heimstätten-Siedlung bereits mehrere hunderttausend Mark im Lehm Bau verschlungen hat, wobei sich überdies herausgestellt hat, daß die Bauten nicht bezogen werden konnten, weil die Wände sich nach außen bogen. Die bereits aufgeführten Bauten mußten wieder abgerissen werden. Man erwägt daher, eine allgemeine Warnung an die Gemeinden gegen die Lehm Bauweise zu erlassen.

Die neue Bierabgabeordnung. Die jetzt im Entwurf vorliegenden neuen Vorschriften über die Abgabenerhebung von Bier für Rechnung württembergischer Gemeinden enthält u. a. die Bestimmung, daß die Abgabe bei Einfuhr in den Sinne des Reichsbiersteuergesetzes, d. h. also mit einem Stammwürzegehalt bis zu 4,5 Proz. höchstens 30 Hg. für das Hektoliter, bei Bier mit einem höheren Stammwürzegehalt höchstens 35 Hg. betragen darf.

Versand von Brennholz. Da bei dem Versand von Brennholz mittels gestempelter Frachtbriefe sich Unregelmäßigkeiten herausgestellt haben, sind die noch im Umlauf befindlichen gestempelten Frachtbriefe vom 3. Mai ab in Württemberg für ungültig erklärt worden, soweit Sendungen an Private oder Händler in Frage kommen. Vom 1. Mai an werden die Frachtbriefe, statt mit dem Stempel, mit einem Beförderungsschein versehen, der auf die Frachtbriefe aufgeklebt wird.

Württemberg.

Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 28. April. (Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer.) Zum erstenmal trat die Landwirtschaftskammer heute zu einer Hauptversammlung zusammen.

Präsident Adorno begrüßt die Anwesenden in einer Ansprache, in der er u. a. ausführte: Angesichts des Gespenstes der Lebensmittelknappheit sind alle Blicke auf die Landwirtschaft gerichtet. Zum Wiederaufbau des Reichs ist die Landwirtschaft in erster Linie berufen. Die Regierung hatte in den letzten Monaten in manchen Dingen keine besonders glückliche Hand. Der Landwirtschaft sind Sammlungen gestellt worden, die nicht erfüllbar sind. Die Zwangswirtschaft bewegt alle Gemüter. In diesem Augenblick ist die Abschaffung der Zwangswirtschaft nicht durchzuführen, denn die Lebensmittelversorgung ist schwieriger als je. Die Landwirtschaft hätte im gegenwärtigen Augenblick fast alle Berufsstände gegen sich. Aber wir haben zu prüfen, wie wir alsbald den Abbau einleiten und der Regierung mit sachmännlichem Rat an die Hand gehen wollen. Hinsichtlich der Preise muß der Landwirtschaft anders entgegenkommen werden. Der neue Reichswirtschaftsminister Hermeke legte: Eine vernünftige Erzeugerpolitik ist auch eine vernünftige Verbraucherpolitik. Das zeigt, daß man auch bei der Regierung die Ansicht geändert hat. Der wirtschaftliche Zusammenbruch kann nur verhindert werden durch Berücksichtigung der Wünsche der Landwirtschaft und Zusammenarbeit aller Volksklassen.

Der Präsident gedachte sodann des am Gründungsstag der

Landwirtschaftskammer verstorbenen Vorkämpfers Graf Seeger (die Mitglieder hatten sich von ihren Sigen erhoben), lenkte den Landwirt Conzel von Wernauerte M. Ravensburg eingetreten ist.

Es wurden sodann die Schriftführer und eine Wahlprüfungs-Kommission bestellt.

Schultheiß Kunz-Altheim M. Riedlingen berichtete sodann über die Geschäftsordnung der Württ. Landwirtschaftskammer.

Es wird ein Antrag Dingler angenommen, die wichtigsten Beschlüsse der Kammer jeweils im Wochenblatt für die Landwirtschaft zu veröffentlichen.

Stuttgart, 28. April. (Vom Landtag.) Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss wurde bei der Beratung der verschiedenen Anträge und Anfragen zur **Pferdeablieferung** Stellung genommen. Vom Bund der Landwirte und von der Demokratischen Partei wurde die Forderung nach Erhöhung der Entschädigungen für die abgelieferten Tiere begründet. Ernährungsminister Graf stellte mit der Reichsernährungsminister habe folgende **Einheitspreise** festgelegt: Eineinhalbjährige Stuten 14.000 Mark, zweieinhalbjährige Stuten 18.000 Mk., ältere Stuten 25.000 Mk., Hengste wie bisher 36.000 Mk., Kühe, tragende Färken und Bullen 5500 Mk., Jungrinder 2500 Mk., weibliche Schafe aller Rassen 800 Mk., Ziegen und Ziegenböcke 650 Mk., die Preise für Schafböcke bleiben unverändert. Sämtliche Preiserhöhungen rechnen von Beginn der Viehablieferung an, so daß **Nachzahlung** für bereits abgenommene Tiere zu erfolgen hat. Bei den Milchkühen, Färken und Jungrindern beträgt die **Preiserhöhung** rund 40 Proz. — Von einem Redner des Bauernbunds wurde auf die Rückstände bei der Rücklieferung abgegebener Pferde hingewiesen. Von allen Parteien wurde die Abgabe von **Leihpferden** erörtert. Der Vorstand der Pferdeablieferungsstelle erklärte, daß die Auflösung der Pferdebestelle auf 1. April geplant war, und daß die 1918 gegebene Zusage auf spätere häufige Abtretung der Pferde schon im Januar 1919 aufgehoben wurde. Vom Bauernbund wie von der Demokratischen Partei wurde ein Antrag eingebracht, wonach die in Württemberg entbehrlichen Militärpferde käuflich an die Landwirtschaft abgegeben werden sollen. — Sodann trat man in die **Besprechung der Erwerbslosigkeit** ein. Nach den Darlegungen des Ernährungsministers wird befriedigend abgeliefert, bisher sind 12 Millionen Eier ausgebracht worden. Vom Bauernbund wurde gegen die Zwangswirtschaft bei Eiern Einspruch erhoben.

Stuttgart, 28. April. (Keine amtliche **Maifeier**.) Die Staatsämter sind in Württemberg am 1. Mai nicht geschlossen.

In Berlin werden alle Staatsämter am 1. Mai arbeiten. In Köln bleiben die städtischen Betriebe und Bureaus geschlossen.

Stuttgart, 28. April. (Landesverband württemb. Gemeinde- und Körperschaftsbeamter.) Der württ. Gemeindebedienstetenverband beschloß die Gründung eines Einheitsverbands aller in Arbeitnehmerstellung befindlichen Beamten und Unterbeamten der Gemeinden unter dem Namen „Landesverband württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamter“. Er ist dem deutschen Gemeindebeamten- und Beamtenbund angeschlossen und somit ein Glied der Reichsbeamten-Gewerkschaft.

Stuttgart, 28. April. (Aus dem Parteileben.) Die Ortsgruppe der Deutschen demokratischen Partei Groß-Stuttgart wählte Karl Hausmann zum ersten Vorsitzenden. Stellvertreter sind Baurat Hofacker und Maria Reinath.

Stuttgart, 28. April. (Tarifverhandlungen.) Die Angestelltenverbände des Groß- und Kleinhandels haben das Angebot der Arbeitgeber über den neuen Gehaltsstarif abgelehnt. Mit den Angestellten der Industrie ist, wie berichtet, eine Einigung zustande gekommen.

Stuttgart, 28. April. (Verbandsstag.) Der Verband Württ. Industrieller hält zurzeit hier unter dem Vorsitz von Dr. Ing. Robert Bosch seine 12. ordentliche Hauptversammlung ab.

Waiblingen a. G., 28. April. (Stiftung.) Herr und Frau Gustav Bester haben 10.000 Mk. für das Gemeindehaus gestiftet.

Mägertingen, M. Reutlingen, 28. April. (Der alte Streit.) Beim Durchzug einiger Wanderschäfer, die ihre Schafe auf hiesigen Wiesen weiden, kam es nach vorausgegangenem Wortwechsel mit einigen hiesigen Bürgern zu einer Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten blutige Köpfe gab. Der Landjäger trennte die Streitenden.

Allmendingen, 28. April. (Schenkung.) Die Pfarrgemeinde Allmendingen hatte bei der Darlehenskasse noch eine Schuld von 10.379 Mk., die durch die Erneuerung der Kirche entstanden war. Die Gutsherrschaft (Freiherr von Freyberg-Allmendingen) hat die ganze Schuld restlos bezahlt. So steht jetzt die Pfarrgemeinde schuldenfrei da.

ep. Nagold, 28. April. (Ersatzwahl.) Bei der Ersatzwahl für den verstor. Prälat D. Römer in den Kirchenbezirken Nagold und Herrenberg am letzten Sonntag wurde Stefan Groß-Ball, der einzige Wahlbewerber war, gewählt.

Wellendingen, M. Rottweil, 28. April. (Grippe.) Die Grippe greift hier in unheimlicher Weise um sich; ganze Familien liegen krank darnieder. Am letzten Sonntag sind drei Personen nach kurzer Krankheit gestorben. Es sind 95 Personen infolge der Grippe bettlägerig.

Schramberg, 28. April. (Kauf.) Die Stadt kaufte das Hotel Lamm um 320.000 Mk. an, um darin das Zollamt, dessen Errichtung die Stadt anstrebt, unterzubringen.

Ulm, 28. April. (Raubgefallen.) Der 18 Jahre alte Tagelöhner Ludwig Weber und der 19jährige Tagelöhner Eugen Laichinger von Reckberghausen übersetzten verabredeterweise am 29. Dezember die 80jährige Witwe Schurr in Höppingen in ihrem Laden, droffelten sie mit einer Schür und raubten 60 Mk. und einige andere Gegenstände. Weber wurde vom Schwurgericht zu 2 Jahren Gefängnis, Laichinger zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wuttenthausen, 28. April. (Schenkung.) Die Erben des Stifters haben für die Bernheimer'sche Realschule, deren Bestand wegen Mangels an Mitteln in Frage stand, eine Schenkung von 200.000 Mk. gemacht, wodurch die Fortführung der Anstalt gesichert wird.

Die Forderungen des Bad. Bauernverbands.

Den Vorständen der politischen Parteien Badens sind die Forderungen des Bad. Bauernverbandes zugegangen, wie sie in der am letzten Freitag abgehaltenen Sitzung beschlossen wurden. Diese Forderungen enthal-

ten u. a.: **Abschaffung der Zwangswirtschaft** anfangs Ernte 1920, **Aufhebung der Kriegsgesellschaften**, **Freizuge** von Schlachtvieh, Grünkern, Tabak, Delphinien und **Gespinnstpflanzen**, **Bekämpfung aller auf Sozialisierung des Grund und Bodens gerichteten Bestrebungen**, **Schaffung von Bauernland** durch **Heranziehung des Großgrundbesitzes**, **Beseitigung der Reichsabgabe auf Kunstdünger**, **Frachtermäßigung für landw. Bedarfsstoffe**, **Defensitische Körperschaften** und **parlamentarische Ausschüsse** oder **Beiräte**, die sich mit der **Regelung landw. Angelegenheiten** befassen, sind **mindestens hälftig** aus **Vertretern der Landwirtschaft** zusammenzusetzen. Die von dem Bauernverband vorgeschlagenen Kandidaten für die Reichstagswahlen sind an 1., 3., 5. und 7. Stelle zu setzen. Die vom Bauernverband vorgeschlagenen Wahlbewerber haben sich **unterschriftlich** zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl im Reichstag mit den vom Bauernverband vorgeschlagenen Abgeordneten aller Parteien eine **landw. Vereinigung** zu bilden, in welcher die jeweils zur **Beratung** stehenden landwirtschaftlichen Angelegenheiten beraten werden. Am **Schlusse** der Forderungen wird betont, daß, falls die Antwort nicht längstens bis 2. Mai erfolgt, die Forderungen als **abgelehnt** gelten.

Baden.

Karlsruhe, 28. April. Ein Amerikaner, der das hiesige Gymnasium besucht hat, stiftete zur Errichtung eines **Kinderkrankenhauses** 60.000 Mk.

Stuttgart, 28. April. Die bad. Lokaleisenbahnen, die neben der Abtaltbahn die Nebenbahnen Bruchsal-Menzingen, Wiesloch-Balsangeloch und Neckarbischofsheim-Häffenhardt, sowie die Bahlertalbahn betreiben, gaben bekannt, daß sie seit Kriegsbeginn bis Ende 1918 über 1 Million Mk. Verluste erlitten haben und es deshalb unmöglich sei den Bahnbetrieb weiterzuführen.

Baden-Baden, 28. April. Hier ist der frühere Kommandant von Stuttgart, Generalleutnant Oskar v. Scharpff, an den Folgen eines Schlaganfalls im Alter von 66 Jahren gestorben. Scharpff wohnte seit Winter 1918 hier.

Wiesloch, 28. April. Bei einem Schandfeuer, welches das Anwesen des Schreinermeisters Spieß einscherte, ist auch ein Lehrling in den Flammen umgekommen.

Heidelberg, 28. April. Die Personenschiffahrt auf dem Neckar soll trotz der großen Schwierigkeiten am Himmelfahrtstag wieder beginnen. Sie wird durch die Neckar-Dampfschiffahrtsgesellschaft betrieben.

Mannheim, 28. April. Die hiesigen Gastwirtschaften haben im Interesse der Allgemeinheit beschlossen, am 1. Mai zu arbeiten.

Mannheim, 28. April. Bei dem Pferderennen des Pferdezuchtvereins, Sektion Mannheim, ereignete sich ein Unglücksfall. Ein Reiter kam aus der Bahn und hinter die Zuschauer. Bei seinem Versuch, wieder in die Bahn zu gelangen, überritt er einige Personen. Der 15 Jahre alte Schmidt von Seckenheim erhielt einen Hufschlag auf den Hinterkopf und wurde schwer verletzt.

Mannheim, 28. April. Als der Goldarbeiter A. Günther von St. Ingbert in seiner Wohnung wegen Schleichhandels mit Gold und Platin verhaftet werden sollte, griff seine Ehefrau zum Revolver und feuerte zwei Schüsse auf den Kriminalschußmann M. S. Prast von Ludwigshafen ab, die diesen schwer verletzten. Die Eheleute wurden verhaftet. — In Ludwigshafen wurden durch junge Burschen aus Mannheim gefälschte Brotmarken in Umlauf gesetzt. Die Polizei verhaftete zwei junge Burschen, die einen ganzen Pack gefälschter Marken bei sich trugen.

Freiburg, 28. April. Die Handelskammer hat das Ansuchen des Gewerkschaftsbunds, die Arbeitgeber zur Bezahlung der Streiktage zu veranlassen, abgelehnt.

Freiburg, 28. April. Der kath. Geistliche Kaspar Hutter, der im November vorigen Jahres erkrankt wurde, hatte um die Verköpfung der kath. Kirche nachgesucht. Nachdem er die erforderlichen Bedingungen erfüllt hatte, wurde er vom Erzbischof wieder in die Kirche aufgenommen.

Müllheim, 28. April. Der stellv. Geschäftsführer beim hiesigen Kommunalverband, Buchhalter Schönauer, wurde wegen Unterschlagungen in Höhe von 40.000 Mk. verhaftet. Ein Teil der unterschlagenen Summe ist gedeckt.

Seelbach (bei Lahr), 28. April. Der Bürgerausschuß bewilligte 6000 Mk. zur Weiterführung des Betriebs der Lahrer Eisenbahngesellschaft. Auch die Unterstützung anderer Gemeinden wird nötig, um den Bahnbetrieb aufrecht zu erhalten.

Marldorf (Bodensee), 28. April. Auf dem hiesigen Bahnhof wurden 4 1/2 Zentner Käse und Butter beschlagnahmt, die von einem Großkaufmann in Mannheim aufgekauft waren.

Freiburg, 27. April. Hier wurde Privatier Aug. Schmidt bestattet. Er war früher Verleger des „Oberhiesigen Anzeigers“ in Müllheim und langjähriges Mitglied des dortigen Bürgerausschusses. Viele Jahre war er auch Kassierer des Badischen Sängerbunds und wurde als solcher mit der goldenen Sängermédaille bedacht. Der „Oberhiesige Anzeiger“ befindet sich jetzt im Besitz des ältesten Sohnes des Verstorbenen, außer diesem Blatt hatte Schmidt noch den Verlag der „Bruchsaler Zeitung“ erworben, der jetzt dem zweiten Sohn gehört.

Schelingen, 27. April. (Die neue Zeit.) Auf dem Hohenzollern sind, so schreibt der „Folter“, die Großtaten der unreifen und kranken Menschen, die keine Achtung und Pietät mehr im Leibe haben, auch zu spüren. Von **Bubenhand** sind zahlreiche Fenster eingeworfen, **Kompagnie-Steine** umgestürzt, **Bänke** demoliert worden. Von dem **Michael am Michelsturm**, der vielleicht der Metallnot zum Opfer fiel, will ich noch schweigen, daß aber das **Frachtschiff Rührberger** Viehstump, die ich in verzierte Kanone, verschwinden konnte, will mir nicht in den Sinn.



Aus der Heimat.

Wildbad, den 30. April 1920.

Sitzung des Gemeinderats am 27. April 1920. Anwesend Vorsitzender und 11 Mitglieder. Forstmeister Müller berichtet heute über die von ihm in kommendem Sommerfällungsbetrieb geplanten Durchforstungen in den Distrikten Sommerberg und an der Linie. Die Vornahme dieser Durchforstungen wird vom Gemeinderat gutgeheißen. Ebenso werden die von Forstmeister Müller in heutiger Sitzung vorgetragene Grundsätze, nach welchen er die Bewirtschaftung des Waldes in den nächsten Jahren zu führen beabsichtigt, gebilligt. Zur Vorbereitung der Beschlüsse des Gemeinderats über die Bewirtschaftung der städtischen Waldungen, zum Bewohnen bei Holzaufnahmen, Begehung des Waldes u. s. w. wird eine Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden und den 4 Mitgliedern des Gemeinderats Chr. Schmid, Karl Eitel, Privatier, August Bechtle und Philipp Bock bestellt. Auf ein Gesuch der städt. Holzhauser wird mit allen gegen die Stimme des Gemeinderats W. Eitel, der sich für eine gleichmäßige Steuerungszulage ohne Rücksicht auf den Familienstand der Beschäftigten ausspricht, beschlossen, den städtischen Holzhausern, Wald-Kultur- und Wegarbeitern zu den durch Beschluß vom 24. Februar 1920 festgesetzten Löhnen mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung mit Wirkung vom 1. April 1920 an Steuerungszulagen und zwar den Verheirateten von 1 Mk. pro Stunde, den Ledigen von 75 Pf. pro Stunde zu bewilligen. Den Abbau der Steuerungszulagen bei Rückgang der Lebensmittelpreise behält sich der Gemeinderat vor. Der Lohnzuschlag der Oberholzhauser, Vorarbeiter und Begwarte wird mit Wirkung vom 1. April 1920 an von 5 Pf. auf 10 Pf. für 1 Stunde erhöht. Auf 15. Oktober d. J. laufen die Jagdpachtverträge der städt. Regeltal- und Wannejagd ab. Es wird beschlossen, die beiden Jagddistrikte in Bälde auf die Dauer von 10 Jahren neu zu verpachten. Buchdruckereibesitzer

D. Strom, Verleger des Bezirksamtsblatts „Enztäler“ in Neuenbürg und Buchdruckereibesitzer Theodor Gack, Verleger des hiesigen Amtsblatts „Wildbader Tagblatt“ bitten um rückwirkende Erhöhung des Zeilenpreises für die amtlichen Bekanntmachungen. Bei den außergewöhnlichen fortwährenden Steigerungen aller Rohstoffpreise und Arbeitslöhne im Zeitungsgewerbe erscheint die Bitte gerechtfertigt und es wird beschlossen, dem Strom für die im Monat März ins Wildbader Tagblatt aufgenommenen amtlichen Bekanntmachungen einen Zeilenpreis von 40 Pf. für die einspaltige und 80 Pf. für die zweispaltige Zeile abzgl. 50 % Rabatt zu bezahlen und ihm für die amtlichen Inzerate im „Enztäler“ ab 1. Januar 1920 den gleichen Zeilenpreis zuzugestehen. Dem Buchdruckereibesitzer Gack sollen vom 1. April 1920 ab für Aufnahme der städt. Inzerate im Wildbader Tagblatt 60 Pf. für die einspaltige und 1 Mk. 20 Pf. für die zweispaltige Zeile abzgl. 50 % Rabatt bezahlt werden. Die Belohnung der Lehrer der hiesigen Realschule für Ueberstunden wird mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an von 120 Mk. auf 240 Mk. erhöht. Von dem Bericht des Stadttierarztes Schindler hier über seine Tätigkeit im verfloffenen Jahre nimmt der Gemeinderat ohne Beanstandung Kenntnis. Auf das Gesuch des Schindler um eine den jetzigen Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung seines Wartgelds und seiner Besuchsgebühren wird beschlossen, das dem Schindler durch Beschluß vom 4. Juli 1919 ausgesetzte Wartgeld von 1000 Mk. mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an auf jährlich 1500 Mk. zu erhöhen und ihm außerdem über die Dauer der jetzigen Teuerung eine jährliche Steuerungszulage von 1000 Mk. zu bewilligen; ferner seine Besuchsgebühren wie folgt zu erhöhen: in der Stadt und in den Parzellen Windhof, Hochwiese, Lautenhof und Ziegelhütte von 4 Mk. auf 5 Mk., in den Parzellen Christofshof, Rälbermühle und Kollwasserhof von 8 Mk. auf 12 Mk. und in den Parzellen Sprollenhäuser, Nonnenmühl, Sprollmühle, Kohlhausle, Grünhütte und Kleinenzhof von 10 Mk. auf

16 Mk. Die Belohnung des Hauptlehrers in Sprollenhäuser für die Schulreinigung wird vom 1. Januar 1920 an auf 420 Mk. erhöht und die Hälfte der Anschaffungskosten für Puhmaterialien auf Nachweis auf die Stadtkasse übernommen. Von dem für das Schuljahr 1919/20 zur Heizung der Volksschule in Sprollenhäuser angewiesenen Brennholz wurden 5 Rm. im Walde entwendet. Das städt. Forstamt wird angewiesen, der Schulstelle Sprollenhäuser als Ersatz für das gestohlene Holz weitere 5 Rm. Brennholz zur Verfügung zu stellen. (Fortf. folgt.)

Wildbad. Am Sonntag, 2. Mai, abends 8 Uhr, wird in der evang. Stadtkirche Herr Pfarrer Saul, Rektor des Diakonissenhauses in Gallneukirchen (Oberösterreich), einen Vortrag halten über Volksnot und evang. Liebesarbeit in Oesterreich. Der Redner, früher Pfarrer in Frankfurt a. M., ist während des Kriegs in die Arbeit in Oesterreich eingetreten und hat sich in der Fürsorge für die dortigen deutschstämmigen Glaubensgenossen aufs regste betätigt. Seinen Berichten dürfte wärmstes Interesse fächer sein.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, 2. Mai, 9¹/₄ Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10¹/₄ Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre für Söhne: Stadtpfarrer Losh. 8 Uhr abends Vortrag: Pfarrer Saul aus Gallneukirchen (Oesterreich.)

+ Geschlechtskrankheit! +
Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, früher auch veraltet, Knochenschmerzen, Blasenentzündung, Hämorrhoiden u. s. w. durch die Anwendung der
Syphilis, ohne Berufshilfe, ohne Schmerzen, ohne
Mannschwäche, schnelle Wirkung. Über jedes der drei Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit vollständigen Anweisungen und Rezepten. Preis 1 Mk. für Porto u. Spesen in der Hand. Totalpreis ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77
Potsdamer Str. 123 B. Sprechzeit 9-11, 2-4. Sonntags 10-11 Uhr.
Genauere Angabe d. Leidens erforderlich, damit d. richtige Heilmittel gefunden werden kann.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.

Gelchäfts-Drucklachen in jeder gewünschten Ausführung

liefert pünktlich und preiswert

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Leber-Schuhwaren

aller Art:
Herren-, Damen-, Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel

Arbeiterschuhe la. Rindlederne für Männer, Frauen, Knaben, Mädchen und Kinder empfiehlt zu billigsten Tagespreisen

Hermann Lutz, Wildbad.
Alleinverkauf der Marke „Salamander“.

Medizinal-Drogerie Wildbad

Wir empfehlen noch zu günstigen Preisen sämtliche Gummi-Artikel, Verbandstoffe usw.

Gummi-Bettstoff prima Qual., braun u. grau	Irrigatoren, komplett, Blech m. Einsatz u. Emaille
Frauendouschen 4-teilig	Irrigat.-Schlauch, weicher Gummi
Clyso abdraubar und in einem Stück	Sauger - Crystal
Clystier-Spritzen aus Weich-Gummi u. Hart-Gummi mit Glas.	Schnuller mit Ring
	Verband-Watte
	Hartmanns Damenbinden
	Mull-Binden
	Cambric- u. Leinen-Binden
	Benders Ideal-Binden.

Sämtl. Artikel sind nur erstklassige Waren

Kath. Volksschule Wildbad.

Das neue Schuljahr beginnt am Montag, 3. Mai, morgens 7 Uhr.

Samstag, 1. Mai morgens 9 Uhr Empfang des Hrn. Hauptlehrers in der Schule, 10 Uhr Aufnahme der Schulpflichtigen. Schulpflichtig sind die Kinder, welche in der Zeit vom 1. Mai 1913-30. April 1914 geboren wurden.

Schulvorstand.

Turn-Verein Wildbad.

Montag, den 3. Mai abends 8 Uhr

Versammlung im Lokal (Gasth. „alt. Linde“).

Tagesordnung:
Gauwandertag betr.
Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

1 Paar neue braune Herrenstiefel, Größe 42, ein Paar neue Kavalleriestiefel, Größe 43, pr. Qualität, sind zu verkaufen.

Wilhelmstr. 152, B 1 Wildbad.

Badwanne mögl. emailliert zu kaufen gesucht. Adressen sind in der Exp. ds. Bl. niederzulegen.

Männliche Lehrlinge, bis zu 16 Jahren, werden jetzt eingestellt und können sich sofort melden.

R. O. Müller, Apocawaren-Fabrik.

Jüngerer **Hausbursche** der eventuell zu Hause wohnen kann, bei gutem Lohn gesucht. Zu erfragen in der Exped.

Gr. Hasenstall zu kaufen gesucht. Reformschule Wildbad.